



OHNE SCHUTZ

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT GEGEN GEFLÜCHTETE VENEZOLANISCHE FRAUEN IN KOLUMBIEN UND PERU

Verbindliches Original: "Unprotected", AMR 01/5675/2022,
<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/5675/2022/en/>
Übersetzt aus dem Englischen von der Amnesty Kogruppe Venezuela



A) Zusammenfassung

"Wir sind eine gefährdete Bevölkerungsgruppe, wir sind nicht zum Vergnügen oder aus einer Laune heraus hierher gekommen, wir sind hierher gekommen, um einem Regime zu entkommen, das uns kein anständiges Leben ermöglicht... denn wenn man arbeitet, dann nur, um ein anständiges Auskommen zu haben. Wir sind auf der Suche nach einer besseren Zukunft hierher gekommen. Um als Frauen respektiert zu werden... Aber es scheint so, als ob... ihr uns nicht hier haben wollt." Mariela, eine Venezolanerin in Kolumbien

Mariela war 2018 gezwungen, Venezuela zu verlassen, weil sie und ihre Kinder keinen Zugang zu Lebensmitteln, Bildung und Gesundheitsversorgung hatten und die Inflation im Land hoch war. Wie für viele geflüchtete Frauen und Migrantinnen war die Entscheidung, das Land zu verlassen, nicht leicht für sie, und als sie in Kolumbien und später in Peru, den beiden wichtigsten Aufnahmeländern für venezolanische Geflüchtete, ankam, sah sie sich verschiedenen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Mariela erzählte Amnesty International von den verschiedenen Übergriffen, die sie als Venezolanerin in Kolumbien erlebt hat.

UN Women hat geschlechtsspezifische Gewalt in Lateinamerika als "Schattenpandemie" bezeichnet. [1] Für geflüchtete Frauen und Migrantinnen erhöht ihr Migrationsstatus die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, da sie auf der Migrationsroute und in den Städten, in denen sie sich niederlassen, geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind. Trotz der hohen Dunkelziffer zeigen die vorhandenen Daten, dass die geschlechtsspezifische Gewalt gegen geflüchtete Frauen in den letzten Jahren in Kolumbien und Peru zugenommen hat, den beiden Ländern, die im Mittelpunkt der Untersuchungen von Amnesty International in diesem Bericht stehen. Die Zahl der gemeldeten Fälle ist in Kolumbien zwischen 2018 und 2020 von 2.430 auf 4.165 gestiegen [2], und in Peru von 1.384 im Jahr 2019 auf 1.818 im Jahr 2021. [3]

Fremdenfeindlichkeit und Mythen über die Sicherheitsprobleme, die durch die Migration in den Städten verursacht würden, Vorurteile im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Sexualität von Frauen (die "Ehemänner stehlen" oder als Sexarbeiterinnen gebrandmarkt werden), Veränderungen der Geschlechterrollen in Partner- oder Familienbeziehungen während des Migrationsprozesses und die Infragestellung der vorher festgelegten Geschlechterrollen in der Gesellschaft sind einige der grundlegenden Ursachen für Gewalt gegen venezolanische Frauen.

Gewalt in allen Bereichen

Wie Amnesty International dokumentiert hat, kommt Gewalt in allen Lebensbereichen vor. Frauen sind immer wieder Opfer von Übergriffen und sexueller Gewalt im öffentlichen Raum, sowohl in den Städten, in denen sie leben, als auch entlang der Migrationsroute. Irreguläre Grenzübergänge sind Orte, an denen venezolanische Frauen Gewalt durch organisierte bewaffnete Gruppen erfahren, während einige von ihnen in Venezuela zum Zweck der Arbeit oder der sexuellen Ausbeutung rekrutiert werden.

Was den Arbeitsplatz betrifft, so ist dieser für geflüchtete Frauen aus Venezuela in beiden Ländern per se ein Ort der Gewalt. Venezolanische Frauen sind bei ihrer Suche nach menschenwürdiger Arbeit mit zahlreichen Stereotypen konfrontiert, da ihnen der Zugang zu Arbeit verwehrt wird, weil sie Venezolanerinnen sind, sowie mit diskriminierenden Faktoren wie dem Alter. In Ermangelung von Unterstützungsnetzwerken, Kinderbetreuungsplätzen für ihre kleinen Kinder und echten Möglichkeiten zur Eingliederung in die Arbeitswelt unter angemessenen Bedingungen sind viele venezolanische Frauen gezwungen, im informellen Sektor als Straßenverkäuferinnen zu arbeiten, oft mit ihren Kindern im Schlepptau, wo sie verschiedenen Formen von Gewalt und Arbeitsausbeutung ausgesetzt sind, einschließlich der Übernahme für Arbeiten zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Angesichts dieser prekären Arbeitsverhältnisse haben sich einige Frauen für die Sexarbeit entschieden. Das Zusammenspiel von Stereotypen schafft auch ein Umfeld, in dem venezolanische Frauen, wenn es ihnen gelingt, einen Arbeitsplatz zu finden, Gewalt am Arbeitsplatz erleben.

[1] UN Women, *Die Schattenpandemie: Gewalt gegen Frauen während COVID-19*, <https://www.unwomen.org/en/news/in-focus/in-focus-gender-equality-in-covid-19-response/violence-against-women-during-covid-19>

[2] Kolumbianisches Gesundheitsministerium, *Nationale Beobachtungsstelle für geschlechtsspezifische Gewalt*, <https://www.sispro.gov.co/observatorios/onviolencias-genero/Paginas/home.aspx> (Filter: Allgemeine Indikatoren und venezolanische Frauen), (nur Spanisch).

[3] *Zahlen aus den Aufzeichnungen des Frauennotrufs (Centro Emergencia Mujer, CEM) zu sexueller Gewalt, für die Jahre 2019, 2020 und 2021. Fälle von sexueller Gewalt - Vergewaltigung, unsittliche Übergriffe, sexuelle Belästigung und sexuelle Übergriffe an öffentlichen Orten*, <https://portalesta-distico.aurora.gob.pe/formas-de-la-violencia-2019/> und CEM-Aufzeichnungen (nur auf Spanisch).

Fehlender staatlicher Schutz

Obwohl beide Länder über rechtliche Rahmenbedingungen verfügen, die geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen und bestrafen sollen, ist Amnesty International der Ansicht, dass die Staaten Kolumbien und Peru große Defizite aufweisen, wenn es darum geht, das Recht auf ein gewaltfreies Leben für geflüchtete venezolanische Frauen und den Zugang zur Justiz für Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben, zu garantieren, zu schützen und in der Praxis zu respektieren. Die Untersuchungen der Organisation zeigen, dass geflüchtete Frauen aus Venezuela keinen effektiven Zugang zu internationalem Schutz und Regularisierungsverfahren für die Migration haben, da viele von ihnen von den Staaten keine Informationen darüber erhalten. Dies stellt ein erstes und bedeutendes Hindernis für den Schutz ihrer Rechte dar.

Darüber hinaus sind venezolanische Frauen mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert, wenn es darum geht, ohne Diskriminierung Zugang zu Justiz und Gesundheitsdiensten zu erhalten. Die allgemeine Wahrnehmung der weit verbreiteten Straflosigkeit und die mangelnde

Effizienz der Justizsysteme im Allgemeinen - sowohl für eigene als auch für ausländische Staatsangehörige - sind Faktoren, die viele Frauen davon abhalten, geschlechtsbezogene Gewalt in beiden Ländern anzuzeigen. Geflüchtete venezolanische Frauen sehen sich zusätzlich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Die Tatsache, dass ihr Migrationsstatus nicht reguliert ist, führt dazu, dass sie glauben, dass sie nicht die gleichen Rechte haben wie der Rest der Bevölkerung und dass sie sich daher nicht an Institutionen wenden können, um diese Rechte einzufordern, oder dass sie, wenn sie dies tun, riskieren, nach Venezuela abgeschoben zu werden. Hinzu kommt der fehlende Zugang zu Informationen über Betreuungsmöglichkeiten für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt; venezolanische Frauen berichten, dass sie nicht wissen, worum es sich dabei handelt, an welche Einrichtung sie sich wenden können und welche Mechanismen bestehen.

Beamte, die für die Bereitstellung von Diensten für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt zuständig sind, sind sich der Rechte und Bedürfnisse von geflohenen Frauen und Migrantinnen im Hinblick auf den Zugang zu bestehenden Wegen und Schutzmaßnahmen nicht bewusst. Darüber hinaus haben sie in vielen Fällen zusammengesetzte Stereotypen verinnerlicht, in denen männliche Gewalt mit fremdenfeindlichen Vorurteilen gegenüber Venezolanerinnen kombiniert wird. Dies führt nicht nur dazu, dass diesen Frauen der Zugang zur Justiz verwehrt wird, sondern auch zu neuen Formen der Gewalt und Diskriminierung gegen sie durch diejenigen, die sie eigentlich unterstützen und schützen müssten.

Amnesty International hat weitere Mängel in den staatlichen Maßnahmen in beiden Ländern festgestellt, wie z. B. die mangelnde Verfügbarkeit von und der fehlende Zugang zu Notunterkünften für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, wovon besonders venezolanische Frauen betroffen sind, die über keine Unterstützungsnetzwerke verfügen, sowie das Versäumnis, angemessene statistische Daten zu erheben, die die Entwicklung öffentlicher Maßnahmen erleichtern würden, die sich mit den unterschiedlichen Auswirkungen dieser Formen von Gewalt auf venezolanische Frauen befassen.

Darüber hinaus fehlt es an wirksamen Kampagnen zur Bekämpfung dieser Stereotypen, was die Situation der anhaltenden Gewalt gegen venezolanische Frauen in diesen Ländern verschärft.

Was die Gesundheitsversorgung betrifft, so ist in Kolumbien und Peru gesetzlich festgelegt, dass diese Leistungen im Falle von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt unter die Kategorie der Notdienste fallen, so dass sie niemandem verweigert werden können. Amnesty International stellte jedoch fest, dass in der Praxis das Fehlen einer klaren Definition des Begriffs "Notfall" in Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, dazu führt, dass Beamte an vorderster Front diesen Begriff unterschiedlich auslegen, was den Zugang venezolanischer Frauen zu Gesundheitsdiensten einschränkt.

Amnesty International fordert die kolumbianischen und peruanischen Behörden auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Frauen ein Leben frei von Gewalt und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, ihres Migrationsstatus oder aus anderen Gründen führen können. Im Fall der geflüchteten venezolanischen Frauen erfordert dies sofortige Maßnahmen, um die tief verwurzelten, zusammengesetzten

Stereotypen zu bekämpfen, die Verletzungen ihrer Menschenrechte begünstigen und aufrechterhalten.

VENEZUELAN PEOPLE IN PERU AND COLOMBIA – MAY 2022

From a total of over 6.1 million, approx. 5.08 million Venezuelan refugees in Latin America and the Caribbean:



B) EMPFEHLUNGEN AN DIE REGIERUNGEN VON KOLUMBIEN UND PERÚ

ZUGANG ZU INTERNATIONALEM SCHUTZ

- Sicherstellung eines effektiven Zugangs zu Asylverfahren ohne Diskriminierung für alle Personen, die internationalen Schutz benötigen.
- Verstärkung und Ausweitung der Verbreitung von Informationen an venezolanische Frauen über den Zugang zu internationalem Schutz und anderen Formen der Regularisierung von Migration. Diese Informationen sollten begleitet werden von Strategien und Botschaften, die darauf abzielen, die Befürchtung zu zerstreuen, dass diejenigen, die sich an die Behörden wenden, um ein Verfahren einzuleiten, Gefahr laufen, inhaftiert und nach Venezuela abgeschoben zu werden.
- Durchführung oder Verstärkung von Schulungsprogrammen für öffentliche Bedienstete unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte, insbesondere für Mitarbeitende der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Migrations- und Gesundheitsdienste, über den Zugang zu internationalem Schutz und anderen Formen der Regularisierung von Migrationsbewegungen sowie über die Rechte von Geflüchteten und Migrantinnen.

ZUGANG ZUR JUSTIZ

- Durchführung von Masseninformativkampagnen über Betreuungswege in Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt, die Verbreitungsstrategien beinhalten, die zuvor mit Frauen, einschließlich Geflüchteten und Migrantinnen, abgestimmt wurden, um insbesondere Frauen in Situationen mit erhöhtem Risiko zu erreichen.
- Sicherstellen, dass alle Institutionen, einschließlich der Polizei, Staatsanwaltschaft, Migrations- und Gesundheitseinrichtungen, die sich um Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt kümmern, über solide Protokolle für die Bereitstellung von Unterstützung, eine intersektionelle Perspektive und die Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung in Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt verfügen. Dabei ist der besonderen Betreuungsbedarf von geflüchteten Frauen und Migrantinnen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlitten haben, zu berücksichtigen.
- Angemessene, systematische, obligatorische und fortlaufende Schulungen für alle öffentlichen Bediensteten, die Dienstleistungen für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt erbringen, wie z. B. Mitarbeitende von Polizei, Staatsanwaltschaft, Migrations- und Gesundheitsdiensten, zur Prävention und Aufdeckung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Gleichstellung der Geschlechter und intersektionale Diskriminierung anbieten. Neben der Sensibilisierung für die Rechte der Frauen, einschließlich der Rechte von Trans-Personen und Personen, die in der Sexarbeit tätig sind, und der bestehenden Betreuungswege, sollten diese Programme darauf abzielen, Vorurteile gegenüber geschlechtsspezifischen Stereotypen und Mythen im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt bei öffentlichen Bediensteten

aktiv zu bekämpfen, und sie müssen unter dem Gesichtspunkt der Intersektionalität und der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung die besonderen Betreuungsbedürfnisse von geflüchteten Frauen und Migrantinnen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben, berücksichtigen.

- Durchführung gründlicher, unparteiischer und unabhängiger Ermittlungen zu allen Gewalttaten gegen Frauen, einschließlich Vergewaltigung und anderer Formen sexueller Gewalt, und Sicherstellung, dass die Untersuchungen eine geschlechtsspezifische Perspektive berücksichtigen.

- Sicherstellen, dass die Einrichtungen, die für die Bereitstellung von Diensten in Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt zuständig sind, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene über ausreichende Ressourcen verfügen, um wirksame Schutzmaßnahmen für Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlitten haben, zu ergreifen. Diese sollten für alle Frauen unabhängig von ihrem Migrationsstatus zugänglich sein. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass es Notunterkünfte mit ausreichender Kapazität gibt.

- Erwägung der Einführung von Betreuungs- und Selbstbetreuungsmaßnahmen für Beamt*innen an vorderster Front im Justiz- und Gesundheitswesen, eingesetzt und koordiniert von den staatlichen Institutionen, die sich mit den Bedürfnissen von Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt befassen.

UMGANG MIT UND PRÄVENTION VON GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

- Verbesserung der behördenübergreifenden Koordinierung bei der Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt, mit besonderem Schwerpunkt auf Berücksichtigung der Bedürfnisse von Geflüchteten und Migrantinnen.

- Verbesserung der Datenerhebung über geschlechtsspezifische Gewalt durch die Erfassung statistischer Daten über die Opfer, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Ausrichtung, Alter, Behinderung, Beziehung zwischen Täter und Opfer sowie Migrationsstatus und ethnischer Herkunft. Sicherstellung, dass die Daten regelmäßig überprüft und als Grundlage für die Entwicklung von Strategien, die Zuweisung von Ressourcen und andere Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von sexueller und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt verwendet werden.

- Verbesserung der interinstitutionellen Koordination bei der Reaktion auf geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere in Bezug auf Geflüchtete und Migrantinnen.

- Bekämpfung der zugrunde liegenden Ursachen, strukturellen Ungleichheiten und Geschlechterstereotypen, der Nationalität und des Migrationsstatus, die die Gewalt gegen venezolanische Frauen aufrechterhalten, wobei sicherzustellen ist, dass die Maßnahmen zur Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt Maßnahmen zur Betreuung von Kindern und älteren Menschen und Zugang zu menschenwürdiger Beschäftigung beinhalten, wobei der Schwerpunkt auf der sozioökonomischen Integration von Geflüchteten und Migrantinnen liegt, sowie auf sozialen und kommunalen Integrationsprogrammen auf lokaler Ebene, die

Unterstützungsnetze für Geflüchtete und Migrantinnen, weibliche Familienoberhäupter und Betreuerinnen anregen.

ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG

- Ergreifung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer umfassenden Gesundheitsversorgung für Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlitten haben, unabhängig von ihrem Migrationsstatus, wobei insbesondere Folgendes zu gewährleisten ist:
- Die Gesundheitsversorgung darf weder rechtlich noch in der Praxis von der Einreichung einer Beschwerde abhängig gemacht werden;
- alle Gesundheitsbedürfnisse, die sich aus geschlechtsspezifischer Gewalt ergeben, als Notfallversorgung eingestuft werden und dass es klare Protokolle für die mittel- und langfristige physische und emotionale Versorgung gibt; und
- dass die Versorgung psychologische Erste Hilfe und psychosoziale Unterstützungsprogramme für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt umfasst (Frauen und möglicherweise betroffene nahe Angehörige, Kinder und andere Abhängige).

BEKÄMPFUNG VON STIGMATISIERUNG UND DISKRIMINIERUNG

- Sicherstellen, dass alle Behörden, einschließlich derjenigen auf höchster Ebene, auf eine Sprache verzichten, die die Venezolanerinnen stigmatisiert, verunglimpft oder diskriminiert.
- Konzeption und Durchführung von Sensibilisierungskampagnen für die breite Öffentlichkeit zur Bekämpfung von Stereotypen und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Venezolanerinnen, einschließlich Geschlechterstereotypen, dabei auch solcher, die die Hypersexualisierung venezolanischer Frauen fördern.
- Insbesondere Einführung unverzüglich wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der verschiedenen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt am Arbeitsplatz, sowohl im formellen als auch im informellen Sektor der Wirtschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Geschlechtsidentität, Nationalität und Migrationsstatus
- Sicherstellen, dass alle Menschen, einschließlich venezolanischer Frauen und Trans-Personen, Zugang zu Bildung und angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten haben, um zu verhindern, dass jemand auf den Verkauf sexueller Dienstleistungen in der Sexarbeit als Mittel zum Überleben aufgrund von Armut oder Diskriminierung angewiesen ist.

SCHLEUSERTUM

- Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.

IN BEZUG AUF DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

- Angemessene Finanzierung der humanitären Reaktion auf den Massenexodus der Venezolaner:innen aus ihrem Land, um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen für Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlitten haben, zu gewährleisten.

- Stärkung staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, wobei sicherzustellen ist, dass technische Hilfe oder andere Kooperationsprogramme auch Verpflichtungen der Behörden beinhalten und die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Verhütung, Bestrafung und Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt.

Verbindliches Original: "Unprotected", AMR 01/5675/2022,

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/5675/2022/en/>

Übersetzt aus dem Englischen von der Amnesty Kogruppe Venezuela